

CDU CSU Fraktion im Deutschen Bundestag

Standpunkte.

Bericht aus Berlin | Ausgabe: 13. November 2026 |
Mit Herz und Leidenschaft für Hochtaunus & Oberlahn

Sehr geehrte Damen und Herren,

eine ereignisreiche Sitzungswoche im Deutschen Bundestag liegt hinter uns. Besonders gefreut habe ich mich darüber, dass sich Ilse Aigner in unserer Fraktion als Kandidatin von CDU und CSU für das Amt der Bundespräsidentin vorgestellt hat. Mit ihrer langjährigen politischen Erfahrung, ihrer Bodenständigkeit und ihrem klaren Wertekompass bringt sie wichtige Voraussetzungen für dieses höchste Staatsamt mit. Ihre Wahl wäre zugleich ein historischer Meilenstein: Erstmals könnte eine Frau an der Spitze unseres Staates stehen.

In dieser Woche haben wir auch an den 9. November erinnert – einen Tag, der wie kaum ein anderer für die Höhen und Tiefen unserer deutschen Geschichte steht. Während der Fall der Berliner Mauer 1989 für Freiheit, Einheit und Hoffnung steht, mahnt uns die Reichspogromnacht von 1938 an die schrecklichen Folgen von Antisemitismus, Hass und Ausgrenzung. Beide Ereignisse erinnern uns daran, dass Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit niemals selbstverständlich sind. Sie müssen jeden Tag aufs Neue geschützt und verteidigt werden.

Wie wichtig ein handlungsfähiger Rechtsstaat ist, zeigt sich auch an den zahlreichen Gesetzesvorhaben, die wir in dieser Woche im Bundestag beraten und beschlossen haben. Allein 17 Gesetze standen zur abschließenden Beratung auf der Tagesordnung. Mit der umfassenden Reform unserer Nachrichtendienste und neuen Befugnissen zur Abwehr von Cyberangriffen stärken wir die Sicherheit unseres Landes. Gleichzeitig verbessern wir mit dem Startchancen- und Qualitätsentwicklungsgesetz die frühkindliche Bildung und schaffen bessere Zukunftsperspektiven für unsere Kinder. Auch wirtschaftspolitisch setzen wir wichtige Akzente: Mit dem EU-Mercosur-Handelsabkommen eröffnen wir deutschen Unternehmen neue Absatzmärkte und stärken unsere wirtschaftlichen Beziehungen zu Südamerika.

Über diese und weitere Themen sowie meine parlamentarische Arbeit und persönliche Begegnungen der vergangenen Woche möchte ich Sie in meinem heutigen Newsletter informieren. Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre!

Ihr
Markus Koob

Schwerpunkte dieser Ausgabe:

- **Mit Würde und Herz: Ilse Aigner soll Bundespräsidentin werden**
- **Nachrichtendienstreform: Mehr Sicherheit für Deutschland**
- **Besuch der Senioren Union Hochtaunus in Berlin**

V.i.S.d.P.: Markus Koob MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin • Tel 030/227-75549 •
markus.koob@bundestag.de • www.markus-koob.de • Quellen, Informationen, Texte: CDU-/CSU-Bundestagsfraktion

Mit Würde und Herz: Ilse Aigner soll Bundespräsidentin werden.

In dieser Woche haben CDU und CSU die Präsidentin des Bayerischen Landtags, Ilse Aigner, als gemeinsame Kandidatin für das Amt der Bundespräsidentin nominiert. Am Dienstag stellte sich die erfahrene CSU-Politikerin in unserer Bundestagsfraktion vor und wurde mit stehendem Applaus empfangen. In ihrer Rede betonte sie, sich insbesondere für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Stärkung unserer Demokratie einsetzen zu wollen. Sie wolle Brücken bauen und Gräben überwinden. Aigner verfügt über mehr als drei Jahrzehnte politische Erfahrung, war von 1998 bis 2013 Mitglied des Deutschen Bundestages und von 2008 bis 2013 Bundesministerin. Ihre Kandidatur wird neben CDU und CSU auch von SPD und Grünen unterstützt. Die Wahl zur Nachfolge von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier findet am 30. Januar 2027 statt. Mit Ilse Aigner könnte erstmals eine Frau das höchste Staatsamt Deutschlands übernehmen.

***Standpunkt**: Ich habe mich sehr gefreut, Ilse Aigner am Dienstag persönlich in unserer Fraktion begrüßen zu dürfen. Sie steht für Bodenständigkeit, politische Erfahrung und eine klare demokratische Haltung. Besonders schätze ich ihre Fähigkeit, auf Menschen zuzugehen, unterschiedliche Perspektiven zusammenzuführen und auch in schwierigen Zeiten eine verständliche Sprache zu sprechen. Gerade in einer Zeit zunehmender gesellschaftlicher Polarisierung braucht unser Land Persönlichkeiten, die für Zusammenhalt stehen und Vertrauen in unsere demokratischen Institutionen stärken. Ihre breite Unterstützung über Parteigrenzen hinweg ist dafür ein wichtiges Signal. Ich bin überzeugt, dass Ilse Aigner mit ihrer Erfahrung, ihrem Herzen und ihrer klaren Haltung eine würdige Repräsentantin unseres Landes wäre.*•

Nachrichtendienstreform: Mehr Sicherheit für Deutschland

Bislang beschränkte sich die Tätigkeit des Bundesnachrichtendienstes (BND) und des Bundesamtes für Verfassungsschutz vor allem auf das Sammeln und Auswerten von Informationen. Mit der Reform unserer Nachrichtendienste soll sich dies nun ändern. Künftig können die Dienste erstmals auch aktive Maßnahmen zur Gefahrenabwehr ergreifen, wenn akute Bedrohungen für unsere nationale Sicherheit bestehen. Dazu zählen beispielsweise das Eindringen in fremde IT-Systeme sowie die Manipulation oder das Unbrauchbarmachen von Servern. Darüber hinaus sieht die Reform längere Speicherfristen für vom BND erhobene Daten vor und schafft die rechtlichen Grundlagen für den Einsatz Künstlicher Intelligenz bei modernen Datenanalysen. Unsere Nachrichtendienste können damit künftig mehr erkennen, länger zurückblicken und in eng begrenzten Fällen selbst eingreifen.

***Standpunkt:** Mit dieser Reform geben wir unseren Nachrichtendiensten die notwendigen Befugnisse und Instrumente an die Hand, um*

V.i.S.d.P.: Markus Koob MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin • Tel 030/227-75549 •
markus.koob@bundestag.de • www.markus-koob.de • Quellen, Informationen, Texte: CDU-/CSU-Bundestagsfraktion

Bedrohungen frühzeitig zu erkennen und wirksam von unserem Land abzuwenden. Denn angesichts wachsender Sicherheitsrisiken dürfen wir nicht erst reagieren, wenn aus Bedrohungen bereits konkrete Angriffe geworden sind. Ein starker Rechtsstaat muss unsere Freiheit nicht nur verteidigen wollen, sondern auch in der Lage sein, sie wirksam zu schützen. Entscheidend ist für mich dabei, dass die erweiterten Befugnisse weiterhin einer unabhängigen rechtsstaatlichen Kontrolle unterliegen. So verbinden wir eine stärkere Handlungsfähigkeit unserer Nachrichtendienste mit den grundlegenden Prinzipien unseres Rechtsstaates. •

Cyberbedrohungen wirksam bekämpfen.

Cyberangriffe stellen eine wachsende Bedrohung für unsere Sicherheit dar. Längst sind nicht mehr nur einzelne Unternehmen betroffen, sondern zunehmend auch unsere kritische Infrastruktur, die öffentliche Verwaltung und staatliche Einrichtungen. Mit dem Gesetz zur Stärkung der Cybersicherheit, das wir in dieser Woche im Bundestag abschließend beraten, wollen wir Deutschland besser gegen diese Gefahren wappnen. Dazu erhalten das Bundeskriminalamt und die Bundespolizei erweiterte Befugnisse, um Cyberangriffe frühzeitig abzuwehren.

Künftig sollen sie unter bestimmten Voraussetzungen gefährliche IT-Systeme stilllegen, schädlichen Datenverkehr unterbrechen und Schadsoftware löschen oder verändern dürfen. Damit schaffen wir die rechtlichen Voraussetzungen, um nicht nur auf digitale Angriffe zu reagieren, sondern ihnen auch aktiv entgegenzuwirken.

Standpunkt: *Ob Stromversorgung, Krankenhäuser, Unternehmen oder staatliche Behörden – unser Alltag ist heute stärker denn je von funktionierenden digitalen Systemen abhängig. Cyberangriffe können deshalb weitreichende Folgen für unsere Wirtschaft, unsere Sicherheit und das gesellschaftliche Zusammenleben haben. Für mich ist klar: Unser Rechtsstaat muss auch im digitalen Raum handlungsfähig sein und darf solchen Bedrohungen nicht schutzlos gegenüberstehen. Mit den neuen Befugnissen stärken wir unsere Sicherheitsbehörden und verbessern die Widerstandsfähigkeit unseres Landes. Dabei müssen wir stets die Verhältnismäßigkeit staatlicher Eingriffe und den Schutz der Grundrechte gewährleisten. Denn digitale Sicherheit und rechtsstaatliche Kontrolle gehören untrennbar zusammen.* •

Früh fördern, Zukunftschancen stärken.

Gute Bildung beginnt nicht erst mit der Einschulung. Bereits in den ersten Lebensjahren werden entscheidende Grundlagen für die persönliche Entwicklung und den späteren Bildungserfolg gelegt. Mit dem Startchancen- und Qualitätsentwicklungsgesetz, das wir in dieser Woche im Bundestag abschließend beraten, wollen wir deshalb die frühkindliche Bildung gezielt verbessern und bestehende Bildungsungleichheiten abbauen. Erstmals sollen bundesweit einheitliche Qualitätsstandards eingeführt werden.

V.i.S.d.P.: Markus Koob MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin • Tel 030/227-75549 •
markus.koob@bundestag.de • www.markus-koob.de • Quellen, Informationen, Texte: CDU-/CSU-Bundestagsfraktion

Spätestens im Alter von vier Jahren wird künftig der Sprach- und Entwicklungsstand aller Kinder erfasst, um möglichen Förderbedarf frühzeitig zu erkennen. Bei Bedarf sollen gezielte, auch verpflichtende Fördermaßnahmen folgen. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der sprachlichen Bildung. Dafür erhalten pädagogische Fachkräfte zusätzliche Zeit zur individuellen Förderung. Kitas mit vielen Kindern aus sozial herausfordernden Lebenslagen sollen zudem personell verstärkt werden. Der Bund stellt den Ländern hierfür von 2027 bis 2034 insgesamt rund 9,25 Milliarden Euro zur Verfügung.

Standpunkt: *Jedes Kind verdient die gleichen Chancen auf einen guten Start ins Leben – unabhängig von seiner Herkunft oder dem Elternhaus. Gerade ausreichende Deutschkenntnisse sind eine wesentliche Voraussetzung für einen erfolgreichen Bildungsweg und gesellschaftliche Teilhabe. Deshalb ist es wichtig, mögliche Defizite frühzeitig zu erkennen und gezielt gegenzusteuern, anstatt Probleme erst bei der Einschulung festzustellen. Mit verbindlichen Standards, individueller Sprachförderung und zusätzlicher Unterstützung für unsere Kitas schaffen wir hierfür die notwendigen Voraussetzungen. Zugleich entlasten wir langfristig auch unsere Schulen und Lehrkräfte. Für mich ist klar: Investitionen in frühkindliche Bildung sind Investitionen in die Zukunft unseres Landes. Denn wer Kinder von Anfang an fördert, eröffnet ihnen bessere Perspektiven für ihren weiteren Lebensweg.* •

Härter gegen organisierte Kriminalität vorgehen.

Organisierte Kriminalität und kriminelle Clanstrukturen stellen unsere Sicherheitsbehörden vor erhebliche Herausforderungen. Insbesondere die Verschleierung illegal erworbener Vermögenswerte erschwert die Strafverfolgung. Mit dem Zollfinanzgerechtigkeitsgesetz, das wir in dieser Woche im Bundestag abschließend beraten, wollen wir deshalb die Bekämpfung von Finanz- und Clankriminalität verbessern. Kern der Reform ist eine umfassende Modernisierung der Zollverwaltung. Die Ermittlungsstrukturen werden neu organisiert und die zuständigen Behörden mit zusätzlichen Befugnissen ausgestattet. Künftig sollen verdächtige Vermögenswerte leichter aufgespürt und vorläufig sichergestellt werden können. Bestehen erhebliche Zweifel an der rechtmäßigen Herkunft, kann die zuständige Zolldirektion beim Finanzgericht deren Einziehung beantragen. Damit soll insbesondere verhindert werden, dass durch Geldwäsche verschleierte Gewinne aus kriminellen Geschäften dauerhaft in den Händen organisierter Tätergruppen verbleiben.

Standpunkt: *Organisierte Kriminalität untergräbt das Vertrauen in unseren Rechtsstaat und schadet unserer Gesellschaft. Besonders problematisch ist es, wenn kriminelle Netzwerke ihre illegal erwirtschafteten Gewinne ungehindert nutzen können, um ihren Einfluss weiter auszubauen. Deshalb müssen wir nicht nur Straftaten konsequent verfolgen, sondern auch die dahinterstehenden finanziellen Strukturen*

V.i.S.d.P.: Markus Koob MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin • Tel 030/227-75549 •
markus.koob@bundestag.de • www.markus-koob.de • Quellen, Informationen, Texte: CDU-/CSU-Bundestagsfraktion

wirksam bekämpfen. Mit den erweiterten Befugnissen stärken wir unsere Ermittlungsbehörden und setzen gezielt dort an, wo es organisierter Kriminalität besonders wehtut: beim Geld. Entscheidend ist dabei, dass staatliche Eingriffe auf einer klaren gesetzlichen Grundlage erfolgen und einer wirksamen gerichtlichen Kontrolle unterliegen. Unser Ziel ist ein handlungsfähiger Rechtsstaat, der kriminellen Strukturen entschlossen entgegentritt und die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger schützt. •

Von Wirtschaft bis Sicherheit: Weitere wichtige Entscheidungen.

Neben den bereits vorgestellten Gesetzesvorhaben haben wir in dieser Sitzungswoche zahlreiche weitere Entscheidungen getroffen. Mit dem Gesetz zum EU-Mercosur-Handelsabkommen stärken wir die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Südamerika und eröffnen deutschen Unternehmen einen besseren Zugang zu einem Markt mit mehr als 260 Millionen Menschen. Auch für die Wissenschaft setzen wir wichtige Impulse: Durch eine Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes schaffen wir verlässlichere Beschäftigungsbedingungen für junge Forscherinnen und Forscher und führen erstmals Mindestvertragslaufzeiten ein. Gleichzeitig streichen wir überholte Regelungen im Hochschulrecht und bauen unnötige Bürokratie ab. Mit dem Jahressteuergesetz 2026 nehmen wir zudem verschiedene Anpassungen im Steuerrecht vor.

Weitere Beschlüsse betreffen die Sicherheit und die soziale Verantwortung unseres Staates. So erhöhen wir die finanziellen Mittel für die Stiftung „Mutter und Kind“, die jährlich mehr als 100.000 schwangere Frauen in finanziellen Notlagen unterstützt. Außerdem modernisieren wir die internationale Rechtshilfe in Strafsachen, um die grenzüberschreitende Strafverfolgung zu verbessern. Mit dem Bundeswehr-Infrastrukturbeschleunigungsgesetz sollen Kasernen und militärische Einrichtungen künftig schneller gebaut und modernisiert werden können. Darüber hinaus stärken wir die Selbstbestimmung von Menschen bei ärztlichen Zwangsmaßnahmen, vereinfachen das Strahlenschutzrecht und schaffen mehr Rechtssicherheit für die Erforschung der Kernfusion. Schließlich sorgen wir mit einem Bundeszuschuss von jährlich rund 5,5 Milliarden Euro für die Jahre 2027 bis 2029 dafür, dass die Übertragungsnetzkosten begrenzt und Stromverbraucher entlastet werden können.

Standpunkt: *Die Vielzahl dieser Beschlüsse zeigt, wie breit die Herausforderungen sind, vor denen unser Land steht. Wir müssen unsere Wirtschaft wettbewerbsfähiger machen, Forschung und Innovation stärken, unsere Sicherheit gewährleisten und gleichzeitig die Menschen im Alltag entlasten. Dabei geht es nicht immer um große Reformen, sondern häufig auch um konkrete Verbesserungen, die das Leben einfacher und den Staat handlungsfähiger machen. Besonders wichtig ist mir, dass wir unnötige Bürokratie abbauen, Investitionen erleichtern und verlässliche Rahmenbedingungen für Unternehmen und Beschäftigte schaffen. Gleichzeitig dürfen wir diejenigen nicht aus dem Blick verlieren, die auf die Unterstützung*

V.i.S.d.P.: Markus Koob MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin • Tel 030/227-75549 •
markus.koob@bundestag.de • www.markus-koob.de • Quellen, Informationen, Texte: CDU-/CSU-Bundestagsfraktion



unseres Sozialstaates angewiesen sind. Mit den Beschlüssen dieser Woche gehen wir in unterschiedlichen Politikfeldern weitere Schritte, um Deutschland zukunftsfähig aufzustellen. •

Senioren Union Hochtaunus zu Gast in Berlin.

Über Besuch aus der Heimat freue ich mich immer ganz besonders! In dieser Woche durfte ich eine Besuchergruppe der Senioren Union Hochtaunus im Deutschen Bundestag begrüßen. Im Rahmen ihrer mehrtägigen Berlinreise nutzten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Gelegenheit, einen Einblick in die parlamentarische Arbeit zu gewinnen und mit mir über aktuelle politische Entwicklungen ins Gespräch zu kommen.

Bei unserer gemeinsamen Diskussionsrunde standen insbesondere die aktuellen Herausforderungen unseres Landes und die Arbeit der Bundesregierung im Mittelpunkt. Dabei entwickelte sich ein lebhafter und interessanter Austausch, bei dem auch persönliche Anliegen und Fragen aus unserem Wahlkreis zur Sprache kamen.

Ein weiterer Höhepunkt des Besuchs war die Möglichkeit, rund eine Stunde lang eine Plenardebatte von der Besuchertribüne aus zu verfolgen und die parlamentarische Arbeit unmittelbar mitzuerleben.

Ich habe mich sehr über den Besuch, das große Interesse und die angeregten Gespräche gefreut und danke der Senioren Union Hochtaunus herzlich für den gelungenen Austausch!

Die gute Nachricht der Woche

Deutsche Wirtschaft nimmt wieder Fahrt auf.

Nach einer längeren Phase wirtschaftlicher Schwäche gibt es erfreuliche Nachrichten für den Standort Deutschland: Die fünf Wirtschaftsweisen haben ihre Wachstumsprognose für das laufende Jahr deutlich nach oben korrigiert. In ihrem aktuellen Jahresgutachten rechnen sie für 2026 mit einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 1,3 Prozent – und damit 0,8 Prozentpunkte mehr als noch im Frühjahr erwartet. Erstmals seit 2022 dürfte die deutsche Wirtschaft damit wieder spürbar wachsen.

V.i.S.d.P.: Markus Koob MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin • Tel 030/227-75549 •
markus.koob@bundestag.de • www.markus-koob.de • Quellen, Informationen, Texte: CDU-/CSU-Bundestagsfraktion

Auch für 2027 prognostizieren die Experten ein weiteres Wachstum von 1,0 Prozent. Zu dieser Entwicklung tragen insbesondere die überraschend starken Exporte bei. Im kommenden Jahr sollen zudem staatliche Investitionen und der private Konsum zusätzliche Wachstumsimpulse setzen.

Diese Entwicklung macht Hoffnung und zeigt, dass die deutsche Wirtschaft weiterhin über große Stärken verfügt. Gleichzeitig mahnen die Wirtschaftsweisen angesichts der angespannten öffentlichen Haushalte und steigender Sozialausgaben weitere strukturelle Reformen an. Für mich ist deshalb klar: Wir müssen den eingeschlagenen Reformkurs konsequent fortsetzen, Bürokratie abbauen, private Investitionen erleichtern und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen stärken. Denn dauerhaftes Wirtschaftswachstum ist die Grundlage für sichere Arbeitsplätze, steigenden Wohlstand und einen handlungsfähigen Staat. Die aktuellen Zahlen sind ein ermutigendes Signal – jetzt kommt es darauf an, diesen Aufwärtstrend zu verstetigen. •

V.i.S.d.P.: Markus Koob MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin • Tel 030/227-75549 •
markus.koob@bundestag.de • www.markus-koob.de • Quellen, Informationen, Texte: CDU-/CSU-Bundestagsfraktion